

# **DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE IN JORDANIEN - BESTANDSAUFNAHME UND AUSBLICK**

THOMAS GEBHARD ||

Im Juli 2012 gab der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), Ban Ki-Moon, die Mitglieder des 27-köpfigen Gremiums bekannt, dessen vornehmliche Aufgabe die Beratung der Vereinten Nationen bei der Formulierung der "Post-2015 Development Agenda" war. Diesem Gremium gehörten u.a. die jordanische Königin Rania Al Abdullah sowie der frühere deutsche Bundespräsident Dr. Horst Köhler an.

Bereits zehn Monate später überreichte das Gremium seine Empfehlungen, die in dem Bericht "A new global partnership - Eradicate poverty and transform economies through sustainable development" zusammengefasst sind.<sup>1</sup> Der Bericht basiert auf den Ergebnissen von 88 nationalen Konsultationen, für die auch Jordanien ausgewählt worden war. Bevor jedoch der Blick auf die Zeit nach 2015 gerichtet wird, erscheint es wichtig, zunächst auf das zurückzublicken, was im Nachgang der Millenniumserklärung und im Rahmen der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals - MDGs) bisher erreicht worden ist.

## **Die Millenniumsentwicklungsziele**

Mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung im Jahre 2000 hat sich Jordanien nicht nur verpflichtet, einen Beitrag zur internationalen Entwicklung zu leisten. Viel-

mehr war es erklärte Absicht, mit diesem Beitrag auch einen Schritt hin zur weiteren Entwicklung des eigenen Landes zu machen.

In der Phase der Umsetzung veröffentlichten die VN in den Jahren 2004 und 2010 zwei Zwischenberichte, aus denen hervorgeht, inwieweit sich Jordanien auf einem Weg befindet, die gesteckten Ziele zu erreichen. Die Ergebnisse der von Mitarbeitern der VN, der jordanischen Regierung sowie von Vertretern jordanischer Nicht-Regierungsorganisationen gemeinsam durchgeführten Evaluierungen wurden in den zwei vorgenannten Zwischenberichten zum Stand der Erreichung der MDGs publiziert.<sup>2</sup>

Der zweite der vorgenannten Zwischenberichte bezeichnet die bisher erzielten Ergebnisse als zufriedenstellend, d.h., Jordanien hat entweder die gesetzten Ziele bereits erreicht, ist auf einem guten Weg, die Ziele bis 2015 zu erreichen oder aber ist in der Lage, die gesetzten Ziele noch zu erreichen, wenn bestimmte Weichenstellungen zeitnah vorgenommen werden.

## **Die Entwicklungsziele, die bereits erreicht worden sind**

Einzig das Entwicklungsziel 2 - die allgemeine Grundschulbildung für alle, kann bis Ende 2013 in Jordanien als erreicht bezeichnet werden.

Die Erhebungen und Statistiken des jordanischen Bildungsministeriums weisen aus, dass Jordanien auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht hat. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der MDGs lag die Einschulungsquote in Jordanien bei 96,2 Prozent. Innerhalb der folgenden zehn Jahre hat sich diese Quote auf bis zu 97,6 Prozent erhöht, wobei anzumerken ist, dass ein Wert von 100 Prozent praktisch nicht zu erreichen ist (u.a. weil es immer wieder Kinder in der vorgenannten Altersgruppe gibt, die entweder bereits weiterführende Schulen oder aber andere Schulen, die nicht unter das Grundschulsystem fallen, besuchen, und damit aus der hier betrachteten Zielgruppe herausfallen). Das Verhältnis von Jungen zu Mädchen ist annähernd gleich, wobei dies schon vor 2000 der Fall war.

Zum Entwicklungsziel 2 ist kritisch anzumerken, dass es leider nichts über die Qualität der Schulausbildung, d.h. das Bildungssystem und die Bildungseinrichtungen aussagt. Es erscheint daher sinnvoll, das oben genannte Ziel neu zu formulieren, und mit geeigneten Indikatoren zu versehen.

### **Die Entwicklungsziele, die bis 2015 noch erreicht werden können**

Hinsichtlich der Erreichung der Entwicklungsziele 5 und 6 befindet sich Jordanien auf einem guten Weg. Zur Überprüfung, ob das Entwicklungsziel 5 - die Gesundheit von Müttern verbessern, erreicht ist, wurden zwei Unterziele formuliert. Das Erreichen des ersten Unterziels, die Reduzierung der Müttersterblichkeit auf zwölf Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten, scheint möglich.

In den zurückliegenden 20 Jahren ist die Müttersterblichkeit in Jordanien signifikant zurückgegangen. Wurden im Jahre 1990 noch 49 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten registriert, sank diese Zahl bis 1997 auf 41. In den Jahren bis 2010 wurde ein weiteres Absinken bis auf 19 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten registriert.

Gleiches gilt für die Anzahl der Geburten unter Aufsicht entsprechend ausgebildeten Personals. Lag diese Quote im Jahre 1990 noch bei rund 87 Prozent, hat sich dieser Wert bis 2010 auf 99 Prozent erhöht, so dass das Erreichen der Vorgabe von 100 Prozent bis 2015 möglich sein sollte.

Weniger gut sieht es beim Erreichen des zweiten Unterziels aus, dem Zugang von 65,8 Prozent aller Frauen in der Altersgruppe der 15- bis 49-Jährigen zu Diensten der reproduktiven Gesundheit.

Zwar ist auch hier die Quote der Frauen, die Verhütungsmittel benutzen, von 40,2 Prozent im Jahre 1990 auf 59,3 Prozent im Jahre 2010 gestiegen, doch bedarf es noch großer Anstrengungen, diese Quote bis zum Jahr 2015 auf den vorgegebenen Wert zu erhöhen. Vor allem in den ländlichen Regionen ist die Akzeptanz von Verhütungsmitteln noch gering. Die jordanische Regierung hat an der Erreichung dieses Ziels insofern ein großes Interesse, als dass es nur mit dem Erreichen desselben realistisch ist, das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum und den Druck auf bereits heute knappe Ressourcen wie Wasser und Energie, aber auch auf den Arbeitsmarkt zu reduzieren.

Was die Deckung des Bedarfs an Beratung zur Familienplanung angeht, so wurden auch hier deutliche Verbesserungen erreicht. Die Halbierung des ungedeckten Bedarfs von 22 Prozent im Jahre 1990 auf elf Prozent im Jahre 2010 lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob der Bedarf in den verbleibenden fünf Jahren zur Gänze gedeckt werden kann.

Gleichermaßen sind Zweifel berechtigt, ob die Geburtenquote unter Mädchen bzw. jungen Frauen im Alter von unter 18 Jahren bis 2015 auf den geforderten Wert von zwei Prozent in Bezug auf die Gesamtzahl aller Geburten eines Jahres gesenkt werden kann. Zwar ist auch dieser Wert in den Jahren 1990 - 2007 deutlich gesunken (von 7,4 Prozent auf 4,1 Prozent), doch ist für die

Jahre danach ein nicht weiter begründeter Anstieg auf wieder 4,7 Prozent festzustellen. Eine signifikante Reduzierung bis 2015 erscheint daher unwahrscheinlich.

Die Gründe dafür sind insbesondere in den ländlichen Regionen, in der Badia sowie in den Gouvernements Ma'an, Tafileh, Kerak und Mafraq zu suchen, wo die Bevölkerung noch durch eine zum Teil sehr traditionelle Lebensweise gekennzeichnet ist. Darüber hinaus fehlt es der Regierung an ausreichenden Finanzmitteln, um die Gesundheitsdienste und hier insbesondere die Beratungsstellen weiter auszubauen. Familienplanung ist in der hiesigen traditionellen Gesellschaft ein sehr sensibles Thema, das nur behutsam angegangen werden kann und damit auch nur langfristig Erfolg zeitigen dürfte.

Auch das Entwicklungsziel 6 - HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen, ist im jordanischen Kontext durchaus kontrovers zu betrachten. Nach Angaben des jordanischen Gesundheitsministeriums sind in Jordanien nur wenige Menschen mit dem HI-Virus infiziert bzw. an AIDS erkrankt, sodass man davon ausgeht, dass die Ausbreitung und der Ausbruch des Virus bis zum Jahre 2015 gestoppt werden können. Untersuchungen im Vorfeld der Erstellung des zweiten Berichts zum Stand der MDGs haben ergeben, dass in Jordanien im Jahre 2010 insgesamt 713 Personen mit dem HI-Virus infiziert bzw. an AIDS erkrankt waren, was in etwa einem Verhältnis von 1:10.000 entspricht. Während es dem Gesundheitsministerium wichtig ist darauf hinzuweisen, dass 70 Prozent der Infizierten bzw. Erkrankten Ausländer sind, ist mit Blick auf die geringe Zahl an Infektionen bzw. Erkrankungen darauf hinzuweisen, dass sich zwar jeder Ausländer, der in Jordanien leben und arbeiten möchte, einem HIV-Test unterziehen muss, das Bewusstsein der jordanischen Bevölkerung für diese Erkrankung jedoch relativ gering ist. Freiwillige und/oder routinemäßige HIV-Untersuchungen gibt es unter der jordanischen

Bevölkerung wenig. Insofern kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zahl der HIV-Infektionen bzw. AIDS-Erkrankungen besonders unter der jordanischen Bevölkerung höher ist, als die von offizieller Seite angegebenen 220 Fälle. Aufgrund der unzureichenden Akzeptanz von Verhütungsmitteln, und hier insbesondere von Kondomen, ist dies leider zu befürchten.

Was andere ansteckende Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose sowie nicht ansteckende und nicht übertragbare Krankheiten wie Diabetes angeht, so ist insbesondere die letztgenannte Erkrankung in Jordanien relativ weit verbreitet. In den zurückliegenden 20 Jahren ist darüber hinaus ein signifikanter Anstieg des Cholesterinspiegels bei einem immer größeren Teil der Bevölkerung festzustellen. Inzwischen sollen 36 Prozent der Bevölkerung einen deutlich zu hohen Cholesterinwert haben, was ernsthafte Folgeerkrankungen und damit auch Kosten für das Gesundheitswesen nach sich ziehen kann. Eine Ursache für diese Auffälligkeit ist auf den hohen Anteil von Rauchern in der jordanischen Gesellschaft zurückzuführen.

Malaria war in Jordanien um das Jahr 1970 bereits ausgerottet. Seit 2000 treten vereinzelt wieder Fälle von Malaria auf, von denen man annimmt, dass sie zusammen mit den Gastarbeitern aus Ägypten, Afrika und vor allem Asien ins Land gelangen. Was Neuerkrankungen mit Tuberkulose angeht, so weisen die letzten Erhebungen aus dem Jahre 2010 die Erkrankung von 6 aus 100.000 in Jordanien lebenden Menschen aus. Insbesondere ansteckende Krankheiten wie Masern und Meningitis sind seit Beginn des starken Zustroms syrischer Flüchtlinge wieder im Anstieg begriffen, was auf den schlechten Impfstatus der Flüchtlinge zurückzuführen ist.

**Die Entwicklungsziele, die bis 2015 nicht mehr oder nur noch dann erreicht werden können, wenn umgehend größere Anstrengungen unternommen werden**

Nachdem bisher lediglich drei der acht Entwicklungsziele als bereits erreicht bzw. bei weiterer Entwicklung wie bisher als bis 2015 weitgehend erreichbar eingestuft wurden, gilt es im Folgenden einen Blick auf die fünf Entwicklungsziele zu werfen, die noch weiterer und vor allem umgehender Anstrengungen bedürfen, wenn sie bis Ende 2015 noch erreicht werden sollen. Zu drei dieser Entwicklungsziele, den Zielen 1, 3 und 7, leistet das Projekt der Hanns-Seidel-Stiftung in Jordanien einen Beitrag, der als Unterstützung der jordanischen Bemühungen zur Erreichung dieser Ziele verstanden wird.

Das Entwicklungsziel 1 - den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren, ist als eines der vordringlichsten MDGs zu bezeichnen.

Die Angaben der jordanischen Regierung für den zweiten Bericht zum Stand der MDGs lassen den Schluss zu, dass das erste Unterziel, die Halbierung des Anteils der Menschen, die weniger als 1,25 US-Dollar am Tag zum Leben haben, erreicht werden wird. Ausweislich des vorgenannten Berichtes lag der Anteil der Menschen, die 1992 in Jordanien unter extremer Armut lebten, bei 6,6 Prozent. Da die Statistiken bereits für das Jahr 2008 ein Wert von 0,75 Prozent ausweisen, kann davon ausgegangen werden, dass das Unterziel 1 erreicht werden wird.

Die Erreichung des zweiten Unterziels, die Herbeiführung von Vollbeschäftigung, stellt für Jordanien hingegen eine so große Herausforderung dar, dass dies auf absehbare Zeit nicht zu erreichen sein dürfte. Nach Einschätzung des Autors stellt die Schaffung von Voraussetzungen, dass im privaten Sektor mehr Arbeitsplätze entstehen (können), neben der Reform des Bil-

dungswesens, die größte Herausforderung an die jordanische Politik dar, von der nichts Geringeres als die weitere Stabilität des Landes abhängt.

Trotz einer Vielzahl ergriffener Maßnahmen, wie der stärkeren Einbindung Jordaniens in den regionalen und internationalen Handel (z.B. durch den Abschluss von Freihandelsabkommen), der Auflegung von Programmen zur Förderung von (Auslands-) Investitionen in Jordanien oder auch der stärkeren Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit dem privaten Sektor, öffnet sich die Schere zwischen denen, die in Jordanien eine auskömmliche Arbeit haben und denen, die einen Arbeitsplatz suchen, beständig weiter. Die von offizieller Seite gegenwärtig mit 14 Prozent angegebene Arbeitslosigkeit ist nur die Spitze des Eisbergs. Da sich große Teile der jordanischen Bevölkerung nicht (mehr) um einen Arbeitsplatz bemühen und aus diesem Grund auch nicht als Arbeit suchend gelten, fließen sie nicht in die Berechnung der offiziellen Arbeitslosenquote ein. In Ermangelung eines ausreichenden Zugangs zu entsprechenden Sozialsystemen ist dieser Personenkreis auf die Unterstützung durch die Familie angewiesen. Die Arbeitslosigkeit ist unter jungen Menschen, unter Akademikern und unter Frauen am höchsten, was nicht wirklich überraschend ist, wenn man die Situation vor Ort kennt.

Die Ursachen der Misere sind vielfältig und beginnen damit, dass Jordanien ein Land ohne nennenswerte Bodenschätze (abgesehen von Pottasche und Phosphat) und ohne wertschöpfende Industrie ist (abgesehen von einer nicht viele Arbeitsplätze schaffenden Pharmaindustrie und einer Textilindustrie, in der jedoch überwiegend Asiaten arbeiten). Die Sektoren, die am ehesten Arbeitsplätze in größerer Zahl schaffen könnten, sind die Landwirtschaft und der Dienstleistungssektor (und hier vor allem der Tourismusbereich, der seit dem Arabischen Frühling danieder liegt). Insbesondere die beiden letztgenannten Sektoren

kämpfen jedoch mit ihren ganz eigenen Problemen, die damit beginnen, dass große Teile der Bevölkerung nicht-akademische Berufe und Tätigkeiten in bestimmten Dienstleistungsbereichen bis heute ablehnen (Stichwort 'Culture of Shame'). Entsprechend ist der Anteil ausländischer Arbeitskräfte in den beiden vorgenannten Bereichen hoch. Gleiches gilt für den Bereich der Textilherstellung, die überwiegend in den im Nachgang des 1994 geschlossenen Friedensvertrags mit Israel geschaffenen Sonderwirtschaftszonen stattfindet.<sup>3</sup> Von den in diesem Zusammenhang immer wieder genannten bis zu 80.000 Arbeitsplätzen, sollen annähernd 80 Prozent mit asiatischen Gastarbeitern vor allem aus Indien, Pakistan und Bangladesch besetzt sein (u.a. weil viele Jordanier die dort angebotene Arbeit als zu hart und zu schlecht bezahlt ablehnen).

So wie hinsichtlich der Ausbildung eine eindeutige Präferenz für eine akademische Ausbildung besteht, ist hinsichtlich der Arbeitsplatzsuche der öffentliche Sektor die erste Wahl (u.a. weil diese Arbeitsplätze tendenziell besser bezahlt, von der Arbeitszeit geregelter und begrenzt sowie last but not least weniger anstrengend sind).

Während in manchen Bereichen positive Veränderungen festzustellen sind (z.B. in der Tourismusbranche), gilt dies für andere Bereiche so gut wie nicht (z.B. in der Bauwirtschaft, in der Landwirtschaft und in der Textilherstellung). Die seit 2008 anhaltende internationale Finanz- und Wirtschaftskrise trägt ihren Teil dazu bei, dass immer größere Teile der jordanischen Jugend es schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Eine Appeasement-Politik in Form der Ausweitung des heute schon 300.000 Arbeitskräfte umfassenden öffentlichen Dienstes ist nicht die Lösung, zumal dieser Ansatz nicht zu mehr Effizienz des öffentlichen Sektors beiträgt, sondern stattdessen die ohnehin schon hohen Ausgaben für den öffentlichen Dienst weiter erhöht.<sup>4</sup>

Hinsichtlich des dritten Unterziels, den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden, wurden Verbesserungen erreicht. Die Erreichung der Zielvorgaben ist realistisch.

In die Gruppe der Ziele, die bis 2015 nur noch dann erreicht werden können, wenn die diesbezüglichen Anstrengungen erhöht werden, gehört auch das Ziel 3 - die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte von Frauen stärken.

Nach Angaben des jordanischen Bildungsministeriums war die Ausgangslage im Bezug auf das Verhältnis von Mädchen und Jungen auf allen Bildungsebenen bereits im Jahre 1990 gut. Im Bereich der Grundschulbildung waren zu diesem Zeitpunkt 47 Prozent der beschulten Kinder Mädchen. Dieser Wert hat sich bis 2010 auf knapp 49 Prozent verbessert, sodass der angestrebte Wert von 50 Prozent bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollte. In der Sekundarschulbildung betrug der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl aller Schüler bereits 1990 in etwa 52,5 Prozent. Er hat sich seitdem sogar auf 55 Prozent im Jahr 2010 erhöht. Im Bereich der akademischen Bildung an Universitäten betrug der Anteil der Mädchen bzw. jungen Frauen an der Gesamtzahl aller Studenten 1990 bereits 43 Prozent (an staatlichen Universitäten - an den privaten Universitäten 19 Prozent). Die entsprechenden Werte haben sich bis 2010 auf 65 Prozent an staatlichen Universitäten und 24 Prozent an privaten Universitäten verbessert (im Durchschnitt aller Universitäten liegt dieser Wert bei 52 Prozent). Aus den Kennzahlen des akademischen Bildungsbereichs kann man den Schluss ziehen, dass mehr Mädchen als Jungen die höheren Eingangsvoraussetzungen für die staatlichen Universitäten erfüllen. Hingegen besuchen mehr Jungen private Universitäten, die einerseits geringere Eingangsvoraussetzungen haben, andererseits aber kostenpflichtig und damit teurer als die staatlichen Universitäten sind, wobei, pauschal gesagt, die meisten staatlichen Uni-

versitäten einen deutlich besseren Ruf als viele der privaten Universitäten genießen. Auch unter Einbeziehung der verbleibenden anderen akademischen Bildungseinrichtungen (z.B. Colleges) ändert sich nichts daran, dass in Jordanien mehr Mädchen als Jungen eine akademische Ausbildung durchlaufen. Bedauerlich und eine Verschwendung von Ressourcen ist, dass nur ein sehr geringer Teil dieser jungen Frauen am Ende auch einen Arbeitsplatz findet bzw. eine Arbeit aufnimmt.

Probleme gibt es hinsichtlich der beruflichen Bildung, die wie weiter oben bereits ausgeführt, in Jordanien kein hohes Ansehen genießt. Dieses negative Bild, vermischt mit weiteren Ressentiments und Vorurteilen, macht sich auch in dem geringen Anteil von Mädchen bzw. jungen Frauen bemerkbar, die eine berufliche Ausbildung durchlaufen. Im Referenzjahr 1990 betrug der Anteil des weiblichen Geschlechts an der beruflichen Bildung gerade einmal 26,5 Prozent. Dieser Wert hat sich bis 2010 zwar auf 32,5 Prozent verbessert, doch ist es geradezu ausgeschlossen, dass bis zum Jahre 2015 die Zielgröße von 50 Prozent noch erreicht wird.

Der Anteil von Mädchen und Frauen in entlohnten Beschäftigungsverhältnissen hat sich in den Jahren seit 1990 nicht wesentlich erhöht. Lag deren Anteil an der Gesamtheit aller Beschäftigten im Jahre 1991 bei elf Prozent, so ist er bis 2009 auf gerade einmal 16,2 Prozent gestiegen. Eine zu Jahresbeginn 2014 veröffentlichte Studie des "Phenix Centre for Economic and Informatic Studies" kommt zu dem Ergebnis, dass dieser Wert für das Jahr 2013 nur noch bei 14,1 Prozent liegt. Den höchsten Beschäftigungsanteil von Frauen weist der Studie zu Folge der Bildungssektor (43,2 Prozent) auf. Lehrerin ist ein für Frauen akzeptierter Beruf. Auf den Plätzen folgen der Gesundheitssektor (14,9 Prozent) und das produzierende Gewerbe (7,4 Prozent).<sup>5</sup> Die Beschäftigungsquote von Frauen ist selbst im Kontext der arabischen Welt eine der nied-

rigsten. Lediglich im Jemen soll die Beschäftigungsquote von Frauen noch geringer sein als in Jordanien.

Was die Zahl weiblicher Abgeordneter im jordanischen Parlament anbelangt, so ist diese seit 1990 kontinuierlich gestiegen. Dem ausschließlich vom König ernannten 75-köpfigen Senat, dem Oberhaus, gehören derzeit acht Frauen an. Dem vom Volk gewählten 150-köpfigen jordanischen Repräsentantenhaus, dem Unterhaus, 18 Frauen.

In einer Gesamtbewertung des bisher Erreichten kommt die jordanische Regierung zu dem Schluss, dass die Entwicklung in Bezug auf das Entwicklungsziel 3 hinter dem zurückgeblieben ist, was man sich selbst zum Ziel gesetzt hat. Die Gründe für das Nichterreichen dieses Zieles sind vielfältig. Sie sind in einem insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit den daraus resultierenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt (ein zu geringes Angebot an Arbeitsplätzen), aber auch im gesellschaftlichen Umfeld der Frauen zu suchen (die angebotenen Arbeitsplätze entsprechen entweder nicht den Vorstellungen der Frauen oder sie sind nicht gesellschaftlich akzeptiert oder die Frauen wollen bzw. dürfen nach ihrer Heirat grundsätzlich nicht mehr arbeiten). Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer Gründe, warum es für Frauen in Jordanien nicht leicht ist, einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Dazu gehören Probleme wie die Vereinbarkeit von Familie bzw. Kindererziehung und Beruf, aber auch das Fehlen zuverlässiger öffentlicher Verkehrsmittel, was in den meisten Fällen den Besitz eines Autos zur Voraussetzung dafür macht, dass eine Tätigkeit aufgenommen werden kann.

Auch das Entwicklungsziel 4 - die Kindersterblichkeit verringern, gehört zu den Zielen, die bis 2015 nur noch schwerlich zu erreichen sein dürften.

Die Vorgabe für dieses Ziel lautet, die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren im Zeitraum 1990 - 2015 um zwei Drittel zu senken. Ausgehend von einer Sterblichkeitsrate von 39 pro 1.000 Lebendgeburten im Jahre 1990, ist diese ausweislich jordanischer Angaben bis zum Jahre 2007 auf 21 gefallen, danach aber wieder signifikant angestiegen. Der letzte verfügbare Wert weist aus, dass die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren im Jahre 2009 bereits wieder bei 28 gelegen hat und die Zielgröße von 13 pro 1.000 in den verbleibenden fünf Jahren vermutlich nicht mehr erreicht werden kann. Die Meinungen darüber, wie sich die Kindersterblichkeit innerhalb von nur drei Jahren wieder so stark erhöhen können, gehen auseinander. Eine Reihe von Experten ist der Auffassung, dass der starke Rückgang in den Jahren von 1990 - 2007 so wie dargestellt überhaupt nicht stattgefunden hat, mithin Erfassungsfehler früherer Jahre dafür verantwortlich sind, dass der entsprechende Wert nach 2007 wieder so vermeintlich stark gestiegen ist.

Das Entwicklungsziel 7 - den Schutz der Umwelt verbessern, ist ein weiteres Ziel das bis 2015 nicht in dem Umfang erreicht werden kann, wie es die Zielvorgaben vorsehen.

Die Tatsache, dass das gesteckte Ziel in Bezug auf den Schutz der Umwelt nicht zur Gänze erreicht werden wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Jordanien insbesondere auch auf diesem Gebiet in den zurückliegenden 20 Jahren große Anstrengungen unternommen hat. Es ist nicht vermessen zu schreiben, dass Jordanien, was den Schutz der Umwelt angeht, in der arabischen Welt sogar so etwas wie eine Vorreiterrolle übernommen hat. Selbstredend ist nicht alles in dem Maße gelungen und realisiert worden, wie dies zu Anfang geplant war. Bei der Bewertung des Erreichten muss man jedoch auch berücksichtigen, mit welchen Herausforderungen das Land konfrontiert ist und welche Ressourcen zur Ver-

fügung stehen, um diesen Herausforderungen entgegenzutreten.

Was das Unterziel 1 - die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umkehren betrifft, so ist nicht nur aber auch für den Bereich des Umwelt- und Naturschutzes festzustellen, dass es Jordanien nicht an gesetzlichen Grundlagen mangelt, sondern vielmehr an der konsequenten Umsetzung derselben.

Jordanien verfügt seit dem Jahre 2006 über eine Einrichtung, die, als Umweltpolizei ins Leben gerufen, zunächst eine Abteilung der jordanischen Polizei war und damit dem Innenministerium unterstanden hat. Im Dezember 2008 wurde diese Abteilung in "The Royal Department for Environment Protection" umbenannt und dem jordanischen Umweltministerium unterstellt. Diese Einrichtung, deren Mitarbeiter umgangssprachlich als 'Umwelt-Ranger' bezeichnet werden und Uniform tragen, verfügt aktuell über rund 650 Beamte, die in allen Teilen des Landes an die jeweiligen Polizeistationen angegliedert sind. Deren Aufgabe besteht darin, durch das Überwachen bestehender Umweltgesetze einen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz in Jordanien zu leisten und darüber hinaus für Betriebe und Bürger als Berater in Umweltfragen zur Verfügung zu stehen. Man kann sie, was Umweltfragen betrifft, als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft bezeichnen. So freundlich und hilfsbereit die Umwelt-Ranger auch auftreten, so wenig hat es bisweilen leider den Anschein, als dass sie den zahlreichen Verstößen gegen bestehende Gesetze Einhalt gebieten können. Die Gründe hierfür sind nicht alleine bei den Rangern zu suchen. Sie sind vielmehr auch in einer Gesellschaft zu suchen, die bis heute in großen Teilen leider noch nicht das Verständnis für Umweltbelange entwickelt hat, das angesichts so großer Herausforderungen wie Energieknappheit und Wassermangel notwendig ist.

Ansätze zu einem veränderten Bewusstsein in Umweltfragen sind zweifelsohne festzustellen. Sie stehen allerdings in direkter Konkurrenz zu den Herausforderungen des täglichen Lebens, die Umweltthemen schnell in den Hintergrund treten lassen. Dies gilt gleichermaßen für die Politik, wie auch für die Gesellschaft.

Dennoch gibt es Fortschritte zu vermelden. So hat sich der Teil der jordanischen Landesfläche, der bewaldet ist, von knapp 400 km<sup>2</sup> im Jahre 1990 auf etwas über 800 km<sup>2</sup> im Jahre 2010 verdoppelt. Angesichts der geringen und zwischenzeitlich auch wieder im Rückgang begriffen gewesenen Waldfläche ist darauf hinzuweisen, dass so gut wie alles, was in Jordanien angebaut bzw. gepflanzt wird, künstlich bewässert werden muss. Und das vor dem Hintergrund, dass Jordanien zu den vier wasserärmsten Ländern der Erde zählt und seit geraumer Zeit jedes Jahr ungefähr zweimal so viel Wasser verbraucht, wie für die Regeneration der ausgebeuteten Wasserreserven notwendig ist.

Die Senkung ozonschädigender Substanzen kann als erfüllt gelten, da deren Verkauf und Verwendung seit 2008 verboten ist. Tatsächlich sollen seit dieser Zeit auch keine derartigen Substanzen mehr im Umlauf sein. Was die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Austosses anbelangt (sowohl absolut als auch pro-Kopf), so sind darüber in Jordanien keine genauen Zahlen verfügbar, weshalb der Grad der Zielerreichung nicht überprüft werden kann. Was man sagen kann ist, dass Jordanien sowohl absolut als auch pro-Kopf betrachtet im internationalen Vergleich wenig Emissionen ausstößt. Mit der Zunahme der Bevölkerung, dem Anstieg des Verkehrsaufkommens und dem angestrebten Ausbau der industriellen Produktion, dürfte jedoch auch ein Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden sein.

Der pro-Kopf-Wasserverbrauch ist in Jordanien seit der Staatsgründung deutlich gesunken. Lag er 1946 noch bei rund 3.600

m<sup>3</sup> pro Jahr, so ist er bis 2008 auf 150 m<sup>3</sup> gesunken (weltweit liegt der entsprechende Wert bei 1.385 m<sup>3</sup>, in Deutschland bei 1.426 m<sup>3</sup> und pro US-Amerikaner sogar bei 2.842 m<sup>3</sup>).<sup>6</sup> Für diesen deutlichen Rückgang sind mehrere Faktoren verantwortlich. Zum einen der starke Anstieg der Bevölkerung von etwas mehr als einer halben Million Menschen im Jahre 1946, auf rund 5,9 Millionen im Jahre 2008 (und rund sieben Millionen aktuell). Zum zweiten die nicht nachhaltige Nutzung vorhandener Wasserreserven, was in Verbindung mit seit Jahren zurückgehenden Niederschlägen einen kontinuierlichen Rückgang des Grundwassers zur Folge hat. Darüber hinaus spielen die nach wie vor sehr hohen Wasserverluste durch ein veraltetes und zunehmend marodes Kanalnetz sowie die bis heute nur geringe Wiederaufbereitung von so genanntem Grauwasser eine nicht unwesentliche Rolle dabei, dass den Menschen im Laufe der Zeit immer weniger Wasser zur Verfügung gestanden hat. Last but not least kamen zu dem starken Bevölkerungswachstum in den Jahren seit der Staatsgründung noch verschiedene Flüchtlingswellen hinzu, die den Druck auf die Wasservorräte weiter erhöht haben.

Von Wasserarmut spricht man, wenn der pro-Kopf-Verbrauch innerhalb eines Jahres unter 1.000 m<sup>3</sup> liegt. Während nach Berechnungen niederländischer Wissenschaftler der Universität Twente weltweit rund 92 Prozent aller Wasserressourcen in der Landwirtschaft verbraucht werden, beläuft sich dieser Wert, das Jahr 2008 betreffend, für Jordanien auf 63 Prozent. Die Zielvorgabe für Jordanien lautet, diesen Anteil bis 2015 auf 60 Prozent zu senken. Während die Industrie weltweit rund 4,4 Prozent aller Wasserressourcen verbraucht, sind dies in Jordanien im Jahre 2008 rund fünf Prozent gewesen. Dieser Wert ist in Jordanien relativ konstant und identisch mit der Zielvorgabe für 2015. Der häusliche Wasserverbrauch soll weltweit bei lediglich 3,6 Prozent aller Wasserressourcen liegen. In Jordanien lag er im Jahre 2008 bei 32 Prozent. Jorda-

nien liegt damit jedoch immer noch unter dem für 2015 gesetzten Ziel von 35 Prozent. Darüber hinaus ist Jordanien bemüht, die Nutzung von Grauwasser durch Wiederaufbereitung zu erhöhen. So wird daran gearbeitet, immer mehr Haushalte an das Kanalnetz anzuschließen, dieses weiter auszubauen (derzeit sind rund 30 Prozent aller Haushalte daran angeschlossen) und den Bau von Kläranlagen voranzutreiben. Aktuell werden in Jordanien in 27 Kläranlagen pro Jahr rund 122 Millionen Kubikmeter Wasser aufbereitet.<sup>7</sup> Der Großteil des aufbereiteten Wassers findet in der Industrie Verwendung. Ein geringer aber zunehmender Teil in der Landwirtschaft. Letzteres stößt bis heute auf Vorbehalte, weil man befürchtet, dass das aufbereitete Wasser nicht 'halal', d.h. erlaubt ist. Saudi-Arabien hat bis 2012 den Import landwirtschaftlicher Produkte aus Jordanien verweigert, die mit derartig aufbereitetem Wasser bewässert worden waren.

Für das Unterziel 2 - den Verlust von Artenvielfalt reduzieren und dabei bis 2010 bereits eine signifikante Reduzierung erreichen, wurden zwei Indikatoren festgelegt. Der erste Indikator hat bis Ende 2015 die Ausweisung von Naturschutzgebieten im Umfang von 1,4 Prozent der Landesfläche zum Ziel. Aktuell hat Jordanien neun Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 1.351 km<sup>2</sup> ausgewiesen.<sup>8</sup> Dies entspricht rund 1,5 Prozent der Landesfläche. Zwei weitere Gebiete mit 0,6 Prozent der Landesfläche warten auf ihre Ausweisung als Naturschutzgebiete. Der zweite Indikator, den Anteil der Tiere und Pflanzen, die gemessen an ihrem Gesamtbestand von der Ausrottung bedroht sind verringern, gibt ein uneinheitliches Bild ab. Nach letzten vorliegenden Erkenntnissen geht die Artenvielfalt in Jordanien trotz vielfacher Bemühungen weiter zurück. Der Prozentsatz bedrohter Tier- und Pflanzenarten hat in manchen Bereichen zugenommen, gleichwohl ergriffene Maßnahmen in anderen Bereichen auch zu Verbesserungen geführt haben. So ist in den zurückliegenden Jahren, pauschal betrach-

tet, der Anteil von Vögeln und Reptilien, die vom Aussterben bedroht sind, leicht angestiegen, während der Anteil der vom Aussterben bedrohten Säugetiere leicht zurückgegangen ist.

### Projekte der HSS

Zur Verbesserung des Umwelt- und Naturschutzes, nicht nur in Jordanien, sondern in der gesamten MENA-Region (Middle East & North Africa), unterstützt die Hanns-Seidel-Stiftung ihren jordanischen Partner, die "Royal Society for the Conservation of Nature - RSCN"<sup>9</sup>, beim Aufbau einer auf den regionalen Bedarf hin ausgerichteten Akademie für Naturschutz, die derzeit im Gouvernement Ajloun, in unmittelbarer Anlehnung an das Naturschutzgebiet von Ajloun, im Entstehen ist. Sie soll Mitte 2014 eröffnet werden. Zusammen mit der Naturschutzakademie Niedersachsen, der "Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz - NNA"<sup>10</sup>, wurde 2013 ein umfassendes Ausbildungsprogramm zu dem vorgenannten Thema, dem Schutz und Erhalt der Artenvielfalt ("Biodiversity Conservation"), erarbeitet, anhand dessen ab der zweiten Jahreshälfte 2014 an der Naturschutzakademie in Ajloun eine Ausbildung für Mitarbeiter von im Umwelt- und Naturschutz tätigen Organisationen, staatlichen wie nicht-staatlichen, stattfinden soll. Diese Programme sollen auf Wunsch des Umweltministeriums auch die bereits genannten Umwelt-Ranger durchlaufen, was damit Teil ihrer Ausbildung wird. Ein Ausbildungsprogramm, welches zum Ziel hat, Arbeitsplätze im Bereich Umwelt- und Naturschutz zu schaffen, die darauf ausgerichtet sind, den umweltverträglichen Tourismus ("Eco-Tourism") in Jordanien und in der gesamten MENA-Region zu fördern, um so wichtige Einnahmen, die zumindest teilweise zurück in den Umwelt- und Naturschutz sowie in die ländliche Entwicklung fließen sollen, zu generieren, ergänzt das Programm zum Schutz der Artenvielfalt.

Mehr zu unserer Arbeit unter [www.hss.de/jordanien](http://www.hss.de/jordanien)

Das Erreichen des Unterziels 3 - bis 2015 die Zahl der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu unbedenklichem Trinkwasser und zu grundlegenden sanitären Einrichtungen haben, ist hingegen wieder als fragwürdig zu bezeichnen, nach dem es bis 2011 so ausgesehen hat, als ob die Zielvorgaben erreicht werden könnten.

Der Zustrom einer immer größer werdenden Zahl syrischer Flüchtlinge nach Jordanien stellt das Erreichen des vorgenannten Unterziels jedoch in Frage. Genauso wie auch einige andere der zuvor genannten Ziele und Unterziele. Vor allem diejenigen, die Armut, Bildung und Gesundheit zum Inhalt haben. Stand 31. Dezember 2013 waren beim Flüchtlingshilfswerk der VN für Jordanien 576.354 syrische Flüchtlinge registriert<sup>11</sup>, von denen rund 70 Prozent nicht in Flüchtlingslagern, sondern in Städten und Dörfern leben, wo diese den Druck auf die ohnehin knappen Ressourcen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser und Energie weiter erhöhen. Die VN gehen davon aus, dass über die vorgenannten rund 580.000 registrierten Flüchtlinge hinaus eine vermutlich ebenso große Zahl syrischer Flüchtlinge ohne Registrierung in Jordanien lebt.

Als letztes steht das Entwicklungsziel 8 - Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft, im Fokus.

Jordanien hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die u.a. die stärkere Einbindung der jordanischen Wirtschaft in den regionalen und internationalen Handel zum Ziel hatten. Dazu gehörte die Öffnung der Grenzen für ausländische Produkte und die Liberalisierung des Binnenmarktes. In Verbindung mit der Privatisierung eines großen Teils seiner Staatsbetriebe (z.B. der Fluglinie 'Royal Jordanian'; der beiden Gesellschaften, die den Abbau und die Vermarktung von Phosphat und Pottasche inne haben oder des staatlichen Telekommunikationsanbieters

'Jordan Telecom' etc.) hat dies in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, genauer gesagt bis 2008, zu einem deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums geführt. Bedauerlicherweise hatten die hohen Wachstumszahlen der Wirtschaft nicht einen vergleichbaren Anstieg des Angebots an Arbeitsplätzen zur Folge. Im Gegenteil. In den privatisierten Staatsbetrieben drängten die neuen Eigentümer, um die Wirtschaftlichkeit ihrer Unternehmen zu erhöhen, zunächst einmal auf den Abbau des Personals, das der Staat zuvor, vielfach ohne wirklich bestehenden Bedarf, eingestellt hatte. Viele der neu entstandenen Arbeitsplätze gingen auch an ausländische Arbeitskräfte, was insbesondere für den Bausektor, aber auch für den Textilbereich und in geringerem Maße auch für andere Bereiche galt. Dies alles hat dazu geführt, dass nicht wenige die Privatisierung der Staatsbetriebe als den größten wirtschaftspolitischen Fehler seit der Gründung Jordaniens bezeichnen. Ein hartes und in dieser Pauschalität auch nicht gerechtfertigtes Urteil, das jedoch ein Schlaglicht auf die jordanische Wirtschaftspolitik wirft. Dass in der besagten Zeit jedoch Fehler gemacht worden sind, räumt die Politik heute ohne Umschweife ein. Die Politik ging auf Druck der Straße im Verlauf des Arabischen Frühlings sogar soweit, die Überprüfung der Privatisierung einzelner Staatsbetriebe zuzusagen.

Die Öffnung des jordanischen Marktes hatte jedoch auch noch andere, von vielen auch als negativ angesehene Aspekte. So mussten sich eine Reihe jordanischer Produkte mit einem Mal gegenüber internationaler Konkurrenz behaupten, die nicht selten Kosten- und Standortvorteile hatten (z.B. in Bezug auf die Lohn- und Energiekosten). Als Positivum ist anzuführen, dass durch die Marktöffnung auch in Jordanien sich zunehmend internationale Standards durchgesetzt haben, was man daran erkennt, dass Betriebe und Unternehmen zunehmend Wert auf eine Zertifizierung legen.

Unzweifelhaft ist, dass das Wirtschaftswachstum der ersten Jahre des 21. Jahr-

hunderts zu mehr Investitionen, zu höheren Staatseinnahmen, zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse einer Reihe von Menschen sowie zu einer stärkeren Integration in den Welthandel geführt hat.

Die staatliche Verwaltung und die Beamtenbürokratie konnten mit dieser Entwicklung nicht mithalten. Bis heute bremst sie mit ihrer Bürokratie, ihrer langsamen Arbeitsweise sowie ihrer zunehmenden Entscheidungsunlust und Besessenheit, für fast alles eine Vielzahl von (kostenpflichtigen) Genehmigungen und Dokumenten haben zu wollen. Es sind Fälle bekannt, wo potentielle Investoren nach zwei Jahren entnervt aufgegeben und sich zurückgezogen haben. Dies alles lässt Investitionen, insbesondere für ausländische Investoren, bisweilen zu einem Vabanquespiel werden, weshalb man immer wieder hört, dass Unternehmen vor Investitionen in Jordanien zurückschrecken. Vor dem Hintergrund des zusätzlich stattgefundenen Rückgangs ausländischer Investitionen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 (minus 14,3 Prozent alleine in 2009) eine Entwicklung, der die Politik schnellstens entgegentreten muss. Das Problem ist seitens der jordanischen Regierung erkannt. Alleine es zu lösen dürfte keine leichte Aufgabe sein und vor allem Zeit im Anspruch nehmen, die das Land eigentlich immer weniger hat.

Dass die hohen Wachstumsraten der Jahre 2002 - 2008 ihren Beitrag zur Verringerung der Armut in Jordanien geleistet haben (siehe Entwicklungsziel 1), kann man so wenig in Abrede stellen wie die Tatsache, dass es trotz allem auch nicht wenige Jordanier gibt, die von diesem Wachstum nicht oder nur sehr begrenzt profitiert haben.

Das jordanische Königshaus ist bemüht, die Voraussetzungen für eine gute Regierungsführung zu verbessern. Die 14. Regierung und der 12. Premierminister seit 1999 (davon acht Regierungen, sechs Premierminister und 185 Minister alleine seit 2008)

lassen jedoch erahnen, dass politische Kontinuität, die für wirtschaftliche Investitionen so wichtig ist wie Sicherheit und Stabilität, anders aussieht. Das jordanische Parlament wurde in den Jahren seit 2007 dreimal gewählt - und zweimal nach nur zwei Jahren wieder aufgelöst. Die einzige politische Konstante Jordaniens ist das Königshaus, woran auch der Arabische Frühling nichts geändert hat. Die Jordanier wissen, welche Bedeutung das Königshaus für die Stabilität ihres Landes hat. Insbesondere in der aktuell schwierigen Zeit.

In dem Maße, wie das Wirtschaftswachstum seit 2008 zurückgegangen ist, nahm die in- und ausländische Verschuldung zu. Unter anderem forderte der weit überdimensionierte öffentliche Dienst seinen Tribut. Die Einstellungen in denselben gingen trotzdem weiter, weil alles andere zu Beginn des Jahres 2011, als der Arabische Frühling auch Jordanien erreichte, nur noch zu mehr Protesten geführt hätte. Ein nicht geringer Teil des Haushalts für 2014, immerhin mehr als 25 Prozent, kann durch eigene Einkünfte, die im Wesentlichen aus Steuern und Zöllen bestehen, nicht mehr gedeckt werden. Andererseits hat man nur wenig Spielraum, um auf der Ausgabenseite kurzfristig Einsparungen vorzunehmen. Das so bestehende Defizit muss entweder über finanzielle Hilfen des Auslands oder aber über eine weitere Erhöhung der Verschuldung, die 2013 geschätzte 80 Prozent des BIP erreicht hat, gedeckt werden.

Die im zweiten Bericht zum Stand der Erreichung des MDG 8 getroffenen positiven Aussagen sind so in Teilen derzeit nicht mehr zutreffend. Dort sich bereits abzeichnende negative Kennzahlen wie der deutliche Rückgang des Wirtschaftswachstums, der Anstieg des Handels- und Haushaltsdefizits, der Verschuldung sowie der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen haben sich entweder weiter verschlechtert, oder aber nur geringfügig verbessert. Die seit 2011 angestiegenen Finanzhilfen des Auslands, und hier vor allem der USA und

der Golfstaaten, haben die vorgenannte schlechte Entwicklung nicht ausgleichen können. Die USA gewähren Jordanien gegenwärtig Hilfen, deren finanzieller (jährlicher) Umfang zuletzt bei mehr als einer Milliarde US-Dollar gelegen hat. Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben Jordanien 2012 mit einem Investitionspaket im Umfang von fünf Mrd. US-Dollar unter die Arme gegriffen. Das Geld kommt über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Auszahlung. Die bisher geflossenen Gelder sollen überwiegend zum Ausbau der Infrastruktur (Straßenbau, Bau von Krankenhäusern, Verbesserung der Energie- und Wasserversorgung sowie des Kanalnetzes etc.) verwendet werden, gleichwohl es an Planungskapazitäten mangeln soll, die bereitgestellten Mittel zügig in Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus hat der Internationale Währungsfond im Jahre 2012 einen so genannten Stand-by-Kredit in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar bewilligt, der Jordaniens finanzielle Engpässe überwinden helfen soll (dieser Kredit ist allerdings an Reformen wie z.B. den Abbau von Subventionen geknüpft). Es ist derzeit nicht vorstellbar, dass sich das Land eines Tages einmal aus seinen eigenen Einnahmequellen finanzieren kann. Am deutlichsten kann man das daran erkennen, dass das gesamte Steuer- und Zollaufkommen gerade einmal ausreicht, um die Gehälter und Pensionen der Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Sicherheitsdienste zu finanzieren.

Für dringende Investitionen in den Bildungs- und Gesundheitsbereich stehen so gut wie keine eigenen Einnahmen zur Verfügung. Jordanien wird von daher nicht zu Unrecht als klassischer Rentier- bzw. Rentenstaat, seine Wirtschaftsform als Rentenökonomie bezeichnet. So wenig Jordanien anzulasten ist, dass es seit seiner Staatsgründung immer wieder unter den politischen Instabilitäten seiner Nachbarländer zu leiden hatte, dass es über so gut wie keine Bodenschätze verfügt, dass es aus vielerlei Gründen, bis auf wenige Ausnah-

men, nicht in der Lage ist, eine leistungs- und konkurrenzfähige Industrie aufzubauen, so sehr muss Jordanien darauf Wert legen, noch mehr als bisher eine auf Nachhaltigkeit hin ausgerichtete Politik zu betreiben. Dass dies in dem schwierigen Umfeld, in dem sich das Land befindet, leichter geschrieben als getan ist, ist dem Autor sehr wohl bewusst.

### **Die Post-2015 Entwicklungs-Agenda aus der Sicht Jordaniens**

Zur Vorbereitung auf die Zeit nach 2015, wenn die MDGs auslaufen, fanden im Zeitraum September 2012 - Mai 2013 in Jordanien die eingangs genannten Konsultationen für die Erstellung der Empfehlungen zur Post-2015 Entwicklungs-Agenda statt. Am 24. Oktober 2013 stellten die VN die Ergebnisse vor, die in dem Bericht "Messages for the Future We Want - Priorities emerging from the national consultations on the post-2015 development agenda in Jordan" zusammengefasst sind.<sup>12</sup>

Die Konsultationen fanden in einem Zeitraum statt, in dem immer deutlicher wurde, dass sich Jordanien zumindest derzeit auf dem Weg einer Entwicklung befindet, die eine Reihe bereits erreichter Entwicklungsziele wieder zu gefährden droht.

Mit Interesse und großer Ernsthaftigkeit haben mehr als 2.500 Jordanier an den Veranstaltungen im Rahmen des Konsultationsprozesses teilgenommen. Sie kamen aus allen Gouvernements, aus Städten wie aus ländlichen Gebieten, Männer wie Frauen, Ältere wie Jugendliche, Mitarbeiter staatlicher und nicht-staatlicher Einrichtungen sowie Akademiker als auch Menschen, die nur über eine geringe schulische bzw. berufliche Ausbildung verfügten. Die Themen, die im Rahmen der Veranstaltungen am meisten diskutiert wurden, waren Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Parallel zu den inzwischen abgeschlossenen Konsultationen haben bis heute mehr als 39.000 Jordanier auf einer von den Ver-

einten Nationen eingerichteten Internetseite [www.myworld2015.org](http://www.myworld2015.org) zum Ausdruck gebracht, was ihrer Meinung nach die globalen Entwicklungsziele für die Zeit nach 2015 sein sollten. Insbesondere Jugendliche und Frauen, denen in der arabischen Welt für gewöhnlich nicht sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, wussten die Möglichkeit der Abstimmung im Internet zu schätzen. Eine Auswertung der bisher im Internet abgegebenen Voten zeigt, dass das Thema 'Beschäftigung' bzw. 'Arbeitsplätze' an erster Stelle steht. 'Bildung', 'Gesundheitsversorgung' und 'verantwortungsvolle Regierungsführung' folgen auf den Plätzen zwei bis vier. Bei insgesamt 16 möglichen Nennungen nimmt die Gleichberechtigung von Männern und Frauen derzeit den zehnten Platz ein (gefolgt von den Forderungen nach mehr politischer Freiheit und weniger politischer Diskriminierung und Verfolgung). Überraschend ist, dass die Umweltthemen 'Schutz der Meere, Wälder und Flüsse' und 'Maßnahmen zum Klimaschutz' bisher nur auf den Plätzen 15 und 16, mithin auf den letzten beiden Plätzen zu finden sind.

Mit Stand 31. Dezember 2013 haben sich an der Abstimmung im Internet weltweit rund 1,3 Millionen Menschen beteiligt. Darunter 39.000 Jordanier und 4.400 Deutsche. Interessant ist auch zu sehen, wie stark die Zahl der bisherigen Teilnehmer an der Abstimmung nicht nur von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent, sondern vor allem auch zwischen den vier Gruppen des "Human Development Index - HDI" schwankt.<sup>13</sup>

Die bisher vorliegenden Ergebnisse lassen den stark vereinfachten Schluss zu, dass die Zahl der Menschen, die bisher an der Abstimmung teilgenommen haben, mit abnehmendem HDI-Wert des Landes, aus dem diese Menschen kommen, zunimmt. Dass diese Schlussfolgerung für die Gruppe der Länder mit den niedrigsten HDI-Werten nicht zutrifft, könnte u.a. daran liegen, dass die Menschen in diesen Ländern nicht in dem Maße Zugang zum Internet haben, wie

das in den Ländern der anderen drei Gruppen der Fall ist. Darüber hinaus sind für eine belastbare Schlussfolgerung im vorgenannten Sinne natürlich auch nicht die absoluten, sondern die relativen Teilnehmerzahlen heranzuziehen.

Dass die Menschen, die aus Ländern mit einem niedrigen HDI-Wert kommen, ein besonderes Interesse an weiterer und möglichst nachhaltiger Entwicklung haben, ist verständlich. Dass Industrieländer und sich industriell entwickelnde Länder wie die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) sich bei Konferenzen, die den Schutz von Umwelt und Natur zum Inhalt haben, zögerlich und zurückhaltend verhalten (z.B. beim Klimaschutz), kann nachvollzogen werden. Die Kunst der Diplomatie besteht daher darin, die unterschiedlichen Interessen so auszubalancieren und auszustarieren, dass am Ende mehr als der kleinste gemeinsame Nenner dabei herauskommt.

HDI-Wert	Teilnehmer
sehr-hohe-menschliche-Entwicklung (0,800--1,00)	~150.000
hohe-menschliche-Entwicklung (0,711--0,799)	~170.000
mittlere-menschliche-Entwicklung (0,535--0,710)	~570.000
niedrige-menschliche-Entwicklung (0,000--0,534)	~410.000

Quelle: Abstimmungsergebnisse der Internetseite [www.myworld2015.org](http://www.myworld2015.org) und eigene Berechnungen, Stand 31.12.2013.

Die Empfehlungen, die im Rahmen der Konsultationen in Jordanien zusammengetragen worden sind und die in den oben erwähnten Bericht eingeflossen sind, lassen sich, ergänzt um die eigene Einschätzung, wie folgt zusammenfassen:

1. Es besteht dringender Bedarf dahingehend, die Qualität der Bildung auf allen Ebenen weiter zu verbessern. Der Zugang zu den staatlichen Universitäten muss sich stärker als bisher an der Qualifikation des Einzelnen, denn an der aktuell bestehenden Quote<sup>14</sup> für einzelne Berufs- und Bevölkerungsgruppen orientieren.
2. Mit Bezug auf den Arbeitsmarkt und die Möglichkeit, dort einen Arbeitsplatz zu fin-

den, müssen die Ausbildungs- und Lehrinhalte der beruflichen Bildung bzw. der Universitäten stärker als bisher auf den Bedarf des Arbeitsmarktes hin ausgerichtet werden. Hierzu bedarf es auch einer Verbesserung der Grundbildung und der Lehrmethoden.

3. Um die besonders unter jungen Menschen und Akademikern sehr hohe Arbeitslosigkeit zu verringern, wird neben einem höheren Wirtschaftswachstum vor allem auch eine veränderte Haltung der Gesellschaft zu bestimmten Berufen und Tätigkeiten für unabdingbar gehalten (Stichwort 'Culture of Shame').

4. Eine Stärkung des privaten Sektors zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist so unabdingbar wie die Notwendigkeit, mehr Menschen Chancen auf eine selbstständige Tätigkeit zu eröffnen.

5. Die Bekämpfung von Armut und der gleichberechtigte Zugang zu sozialen Einrichtungen müssen weiter voran getrieben und verbessert werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf Randgruppen wie Behinderte, Waisen, ältere Menschen und Alleinstehende zu richten.

6. Die nach wie vor bestehenden Vorurteile hinsichtlich der Gleichstellung und der Gleichberechtigung der Geschlechter müssen noch stärker als bisher überwunden werden.

7. Die Zugangsmöglichkeiten für Frauen in höhere politische Ämter und führende wirtschaftliche Positionen müssen weiter verbessert werden (nicht alleine durch Quoten, sondern vor allem auch durch den Abbau diesbezüglich bestehender, häufig traditionell begründeter Vorbehalte).

8. Die Achtung der Menschenrechte, die Einhaltung von Grundrechten wie Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, die Unabhängigkeit der Medien sowie eine verantwortliche Regierungsführung und eine Parlamentsarbeit zum Wohle aller Menschen müssen weiter verbessert werden.

9. Das Bewusstsein für Themen des Umwelt- und Naturschutzes sowie für den verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen wie Wasser und Energie muss ver-

bessert werden. Nachhaltigkeit und der Schutz der Umwelt müssen im Mittelpunkt aller Überlegungen in Bezug auf die Entwicklung neuer Entwicklungsstrategien und die Verbesserung des Wirtschaftswachstums stehen.

Als Fazit ist festzustellen, dass Jordanien in den zurückliegenden Jahren einiges von dem erreicht hat, was es sich selbst zum Ziel gesetzt hat und was in den MDGs ausformuliert worden ist. Neben den Herausforderungen, die sich aus seiner geografischen Lage in einer der Krisenregionen der Welt ergeben und die in den zurückliegenden drei Jahren eher größer, denn kleiner geworden sind, stellen vor allem das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum, der hohe Anteil junger Menschen ohne Arbeit und mit geringen Zukunftsperspektiven sowie die in unregelmäßigen Abständen immer wieder ins Land strömenden Flüchtlinge aus den angrenzenden Ländern das Land vor Probleme, die es ohne die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft nicht lösen kann. Darüber hinaus muss das Land noch weit mehr als bisher eine auf Langfristig- und Nachhaltigkeit hin ausgerichtete Politik betreiben. In einem Land ohne nennenswerte Bodenschätze und mit wenig Finanzkapital, kommt der Entwicklung des Humankapitals eine wesentliche Bedeutung zu. Hierzu bedarf es einer umfassenden Reform des bestehenden Bildungssystems, der Gewährleistung eines gleichberechtigten und sich an Leistungskriterien festmachenden Zugangs zu den höheren Bildungseinrichtungen sowie der Schaffung von verlässlichen Voraussetzungen und Anreizen für den Privatsektor, da nur dieser die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen kann. Dazu gehört auch, bestehende Vorbehalte gegenüber Teilen der Gesellschaft, namentlich Frauen, abzubauen, das bestehende Klientelsystem zu verringern und durch ein stärker leistungsorientiertes System zu ersetzen. Last but not least ist es wichtig, den Einsatz knapper Ressourcen nachhaltiger und wirtschaftlicher zu gestalten und den 'Verbrauch' von Umwelt so

gering als möglich zu halten. Alles in allem ein Bündel an Maßnahmen, die nicht nur sorgsam gegeneinander abgewogen werden müssen, sondern mit deren Umsetzung eher gestern als heute begonnen werden muss.

|| THOMAS GEBHARD

Auslandsmitarbeiter Jordanien

## ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. UN (2013): A new global partnership - Eradicate poverty and transform economies through sustainable development.
- 2 Die nachfolgenden Zahlenangaben beziehen sich größtenteils auf die zwei Zwischenberichte. Vgl. UN Jordan / Ministry of Planning and International Cooperation (2004): The Millennium Development Goals - MDGs, Jordan Report 2004; URL <http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG%20Country%20Reports/Jordan/JordanMDG2004.pdf> [10.01.2014]; Vgl. UN Jordan / Ministry of Planning and International Cooperation (2010): Keeping the promise and achieving aspirations - Second National Millennium Development Goals Report; Jordan Report 2010; URL <http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG%20Country%20Reports/Jordan/2010%20en.pdf> [10.01.2014].
- 3 Die USA haben für den Import der in den Sonderwirtschaftszonen hergestellten Textilien weitgehende Zollpräferenzen eingeräumt, was diesen Sektor mit den klassischen Textilherstellungsländern wie Indien, Pakistan und Bangladesch konkurrenzfähig macht.
- 4 Das Haushaltsbudget für 2014 weist fast 29 Prozent aller Ausgaben alleine für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors und die Pensionäre und Rentner des öffentlichen Dienstes sowie der Sicherheitskräfte und des Militärs aus. In absoluten Zahlen entspricht dies in etwa 2,5 Mrd. Euro (dem steht für alle zwölf staatlichen Universitäten ein Budget von lediglich rund 62 Millionen Euro gegenüber. Für den Bereich Gesundheit beläuft sich der Haushaltsansatz auf rund 170 Millionen Euro und für Subventionen auf rund 480 Millionen Euro. Der weitaus größte Teil des Budgets, rund 2,1 Mrd. Euro, sind Ausgaben für die Sicherheitsdienste und das Militär vorbehalten). Vgl. Obeidat, Omar (2014): Civil service salaries make up 15% of budget, in: The Jordan Times 03.01.2014, URL <http://jordantimes.com/civil-service-salaries-make-up-15-of-budget> [14.01.2014].
- 5 Vgl. Malkawi, Khetam (2014): Women's contribution to economy barely increased since 1993, in: The Jordan Times, 26.01.2014; URL <http://jordantimes.com/womens-contribution-to-economy-barely-increased-since-1993> [28.01.2014].
- 6 Vgl. Hoekstra, Arjen Y. / Mekonnen, Mesfin M (2011): The water footprint of humanity; URL <http://www.pnas.org/content/early/2012/02/06/1109936109> [28.01.2014].
- 7 Vgl. Namrouqa, Hana (2013): Ain Ghazal Wastewater Treatment Plant to be revamped, in: The Jordan Times, 20.11.2014 URL <http://jordantimes.com/ain-ghazal-wastewater-treatment-plant-to-be-revamped> [18.01.2014].
- 8 Vgl. Royal Society for the Conservation of Nature - RSCN (2014): Azraq Wetland Reserve; URL <http://www.rscn.org.jo/orgsite/RSCN/HelpingNature/ProtectedAreas/AzraqWetlandReserve/tabid/98/Default.aspx> [14.01.2014].
- 9 Vgl. Royal Society for the Conservation of Nature - RSCN (2014): Regional Training, URL <http://www.rscn.org.jo/orgsite/RSCN/BuildingCapacities/RegionalTraining/tabid/114/Default.aspx> [14.01.2014].
- 10 Vgl. Alfred Töpfer Akademie für Naturschutz (2013): Aufbau einer Naturschutzakademie in Jordanien, URL [http://www.nna.niedersachsen.de/startseite/aufbau\\_einer\\_naturschutzakademie\\_jordanien/Nature-Academy-Jordan-112297.html](http://www.nna.niedersachsen.de/startseite/aufbau_einer_naturschutzakademie_jordanien/Nature-Academy-Jordan-112297.html) [15.01.2014].

- 11 Vgl. UNDP (2014): Syria Regional Refugee Response, URL <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> [14.01.2014].
- 12 Vgl. UN Jordan (2013): Post-2015 Development Agenda National Consultations in Jordan, URL <http://www.undp.org/content/jordan/en/home/library/mdg/post-2015-development-agenda-national-consultations-in-jordan/> [19.01.2014].
- 13 Der "Human Development Index - HDI" ist ein seit 1990 von den Vereinten Nationen jährlich veröffentlichter Wohlstandsindikator für Länder, der aus den Einzelindikatoren Lebenserwartung, durchschnittliche und voraussichtliche Schulbesuchsdauer, Bildungsindex sowie Pro-Kopf-Nationaleinkommen errechnet wird.
- 14 Derzeit werden die Studienplätze an den staatlichen Universitäten zu rund zwei Drittel nach einer Quote, und zu einem weiteren Drittel nach Leistung vergeben.